

## *A.o. Landesmitgliederversammlung der DKP Saarland am 24.07.22*

### *Antrag 1: Zur Landespolitik*

Nur wenige Wochen nach dem Antritt der neuen Landesregierung platzt die Bombe:

Ford beendet die Autoproduktion in Saarlouis, Villeroy&Boch will die Fliesenproduktion aus Merzig in die Türkei verlagern.

Es geht um die Arbeit von tausenden Saarländerinnen und Saarländern. 6.000 bis 8.000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, das sind rund 20 Prozent aller Industriearbeitsplätze.

Das ist Kapitalismus, einmal mehr gilt hier: „Profit geht vor Mensch“. Wer es bisher nicht wahrhaben wollte, kann erkennen: Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft, in der die Kapitalbesitzer, die Eigentümer, über die Produktionsmittel und damit über das Wohl und Wehe der Arbeitenden bestimmen.

Die brutalen Konzernentscheidungen erfolgen in einer Situation, in der das Saarland vor der größten wirtschaftlichen Herausforderung steht, dem sozial-ökologischen Umbau seiner Industrie.

Mit Appellen und einigen Förderprogrammen und den bisherigen wirtschaftspolitischen Instrumenten ist dieser nicht zu stemmen, schon gar nicht im Interesse der Mehrheit der Saarländer\*innen. Dieser Umbau muss durch Eingriffe in die Verfügungsmacht des Kapitals vorangebracht werden, damit die sozialen und ökologischen Ziele erreicht werden können. Der Markt bringt nur Profite, die Tankrabattaktion der Bundesregierung hat dies erneut bewiesen.

Das ist nicht das einzige Problem, vor dem die Landespolitik steht.

Die explodierenden Energie- und Lebensmittelpreise, steigende Mieten und Nebenkosten verstärken die Armut im Saarland. Besonders betroffen sind wieder die Haushalte, die schon jetzt über geringe Mittel verfügen, Sozialhilfe- und Hartz-IV-Bezieher, viele Rentnerinnen und Rentner sowie Studierende. Jetzt müssen auch die sog. Normalverdiener schauen, wie sie mit ihrer Familie über die Runden kommen.

Die Mängel im Gesundheitswesen, das Krankenhaussterben und der Pflegenotstand dauern an. Die vorgeschriebenen Personaluntergrenzen werden vielerorts ausgehebelt. Der Personalmangel und somit die Überlastung des Personals ist nicht mehr zumutbar. Die Pandemie hat die Mängel drastisch offenbart.

Mehr denn je zeigen sich die Defizite im saarländischen Bildungswesen. Auch die Bildungsabschlüsse von immer mehr Schüler\*innen hängen vom Einkommen ihrer Eltern ab. Das neoliberale Modell, Leistung, Differenzierung, Erfolg ist überholt. Wir brauchen Bildung für alle, die Schule muss der gesellschaftlichen Integration dienen. Die jetzt beschlossene Gleichstellung der Schulsozialarbeiter\*innen mit den Lehrkräften ist längst überfällig. Aber immer noch mangelt es an Lehrkräften und ausreichendem Fachpersonal.

Die Arbeitskammer verweist auf den Investitionstau der letzten Jahre im Saarland und fordert, jährlich mindestens 500 Millionen Euro in die „industrielle und ökologische Transformation“ zu stecken. Hinzu kommen weitere notwendige Investitionen in Bildung, Qualifizierung und in den Öffentlichen Dienst.

Wie will die neue Landesregierung diese Herausforderungen angehen? Das Land leidet unter einer chronischen Finanzschwäche und die Schuldenbremse drückt den Handlungsspielraum gegen Null. Ein weiter so, kann es nicht geben.

Die DKP fordert die Landesregierung auf, sich u.a. diesen Schlüsselfragen zu stellen:

1. Die Demokratiefrage. Es darf nicht sein, dass ein großer Teil des Umbaus durch Steuergelder finanziert wird, aber keine Erweiterung von Mitbestimmungsrechten von Gewerkschaften und der Öffentlichkeit erfolgen. Die Saarländer\*innen finanzieren der Industrie in ihrem Land einen Großteil ihrer neuen technologischen Basis – deshalb darf zukünftig in der saarländischen Industrie nicht mehr gegen die Interessen der Saarländer\*innen entschieden werden.

2. Die Finanzierungsfrage: Die Finanzierung muss durch eine Millionärssteuer für hohe Einkommen und Vermögen erfolgen, u.a. Abschöpfung der Krisengewinne und Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Der gigantische Aufrüstungskurs der Bundesregierung – von der CDU besonders befeuert - steht im krassen Widerspruch zu den sozialen und ökologischen Herausforderungen.

Kriegs- oder Friedensproduktion? Hier muss sich die Landesregierung entscheiden und entsprechende Initiativen im Bundesrat ergreifen.

Darüber hinaus müssen folgende Maßnahmen umgesetzt werden, die z. T. vom DGB und Einzelgewerkschaften und der Arbeitskammer des Saarlandes ebenfalls gefordert werden:

Verbot des Niederkonkurrierens zwischen Standorten

Verbot betriebsbedingter Kündigungen

Ausweitung der Mitbestimmung in Unternehmen in Sachen Produktionsverlagerungen, Produktauswahl und Investitionen

Bildung von regionalen Transformationsräten aus Vertreter\*innen von Belegschaften, Gewerkschaften und Umweltinitiativen mit umfassenden Mitwirkungsrechten

Recht auf Übernahme von Betrieben bei Betriebsschließungen durch die Belegschaften für einen Euro

Verkehrswende statt Individualverkehr – Transformation der hergestellten Produktpalette

Energiepreisstopp

Gleichzeitig benötigen die Menschen im Saarland angesichts der zugespitzten sozialen Krise sofortige Unterstützung. Deshalb:

Dauerhafte Fortführung des 9-Euro-Tickets, mittelfristig der kostenlose ÖPNV im Saarland

Staatliche Regulierung der Preise für Lebensmittel, Energie, Wasser und Wohnen

Finanzielle Hilfen zur Entlastung der breiten Bevölkerung, die von den Krisenfolgen besonders betroffen ist.

*Einstimmig angenommen.*